

Gedanken zur Anpassung des gesellschaftlichen Engagements der Europa-Union an sich ändernde Bedingungen

(ein Arbeitspapier des Landesvorstandes der Europa-Union Niedersachsen in Aufnahme einer Diskussionsgrundlage des Kreisverbandes der Europa-Union Vechta, einstimmig verabschiedet in der Landesvorstandssitzung vom 28. November 2020)

A. Die Ausgangslage

Das oberste Ziel der seit der Montan-Union zur Vereinigung von nunmehr 27 europäischen Ländern in der Europäischen Union (EU) war und ist die Erhaltung des Friedens in Europa. Die inzwischen 75 Jahre friedlichen Zusammenlebens im früher ständig von Kriegen geplagten Europa ist eine historisch einmalige Erfolgsgeschichte.

Leider unterliegt die Anerkennung dieser erfolgreichen Friedenspolitik durch die europäische Vereinigung dem sogenannten „Präventionsparadoxon“: je erfolgreicher die Vorsorgemaßnahmen sind, umso mehr wird die Notwendigkeit der Maßnahmen angezweifelt oder die Maßnahmen selbst für überflüssig gehalten (siehe die erfolgreichen Corona-Bekämpfungsmaßnahmen in Deutschland).

Heute liegen daher nach Meinung sehr vieler Menschen in Europa die Probleme, die die Bevölkerungen der EU-Mitgliedsländer bewegen, mehr und mehr in dem als bürgerfremd empfundenen Handeln bzw. Nicht-Handeln der Europäischen Union selbst.

Selbst Bürgerinnen und Bürger, die dem europäischen Gedanken positiv gegenüberstehen, beklagen mehr und mehr Demokratie-Defizite im europäischen Politikbetrieb: ihnen erscheint das Europaparlament als zahnlöser Tiger, verbunden mit einer überbordenden Bürokratie in der Kommission, auf die sie keinen Einfluss haben. Die europäische Politik wird mittlerweile vom Europaparlament als Stimme der Bürger immer stärker mitbestimmt. Allerdings werden die meisten EU-Entscheidungen von den Bürgern vorwiegend als bürgerfremde Entscheidungen des Europäischen Rates wahrgenommen.

Die Entscheidungen aus Brüssel wirken daher oft intransparent und undemokratisch. Hinzu kommt, dass das Einstimmigkeitsprinzip die Handlungsfähigkeit Europas erheblich eingeschränkt.

B. Das gesellschaftliche Engagement der Europa-Union

Bei der Gründung der Europa-Union stand nach dem 2. Weltkrieg vor allem die Unterstützung des Gedankens der Friedensbewahrung durch die Förderung der Akzeptanz der Europäischen Union im Vordergrund. Dafür hat die Europa-Union in beeindruckender Weise in den vergangenen Jahrzehnten geworben – und das muss und wird auch weiterhin die vordringlichste Aufgabe unseres Verbandes bleiben.

Die oben skizzierten Veränderungen in den Erwartungen der Bürger Europas sollte uns aber dazu veranlassen, die Aktivitäten der Europa-Union verstärkt auch auf die Beeinflussung der Entscheidungsfindungen in der Europäischen Union zu verlagern. Denn die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung kann man nicht nur durch rationale Argumentationen verbessern, wenn Missmut, Kopfschütteln und Abwinken über Entscheidungen aus Brüssel zunehmen.

Die Europa-Union ist die größte Bürgerinitiative in Deutschland zur Unterstützung des europäischen Gedankens in Deutschland. Sie tritt als eine überparteiliche Organisation für die Einheit Europas ein. So ist das Ziel ihres gesellschaftlichen Engagements der Europäische Bundesstaat (Quelle: Düsseldorfer Programm der Europa-Union Deutschland, 28.10.2012).

Doch von diesem Ziel eines gemeinsamen europäischen Bundesstaates hat sich die Europäische Union eher weiter entfernt, als dass sie sich ihm angenähert hat. Der Eindruck, dass der proeuropäische Wille der Mitglieder der Europa-Union in Brüssel nicht gehört wird, ist kein „Bauchgefühl“, sondern bedauerliche Realität.

Derzeit tritt die Europa-Union nach außen als ein Verband vieler einzelner Kreisgruppen auf, die vorwiegend lokal und regional für Europa werben, was der gewollt dezentralen Verfasstheit der Europa-Union entspricht. Um ein gemeinsames und unüberhörbares Eintreten für die Ziele der Europa-Union in Brüssel und Straßburg zu erreichen, bedarf es neuer Mechanismen in der Arbeit der Europa-Union. Das Ziel muss die Bündelung der Erwartungen und Forderungen aller pro-europäischen Bürger sein. An erster Stelle steht die Vollendung des gemeinsamen Bundesstaates Europa durch die Verwirklichung einer föderalen Verfassung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Damit würde sich die Europa-Union zu einer nicht zu ignorierenden Bürgerinitiative entwickeln, die die Beendigung des Stillstands in der Europapolitik mit höchstem Nachdruck einfordert.

C. Die Erwartungen

1) Die Verbände der Europa-Union sollten sich untereinander stärker vernetzen, um auf der Grundlage der Beschlüsse des Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland vom 31.03.2019 für Europas Zukunft als Bundesstaat einzutreten. Es geht darum, dass die Europa-Union neben der nach wie vor immens wichtigen Werbung für Europa, auch von politischen Entscheidungsträgern die Entwicklung hin zu den angestrebten „Vereinigten Staaten von Europa“ zu fordern. Die Europa-Union muss mit einer gemeinsamen Stimme viel „lauter“ als bisher im Sinne eines Volksbegehrens den Fortschritt des Einigungsprozesses in Europa vorantreiben. Dafür sollte die Europa-Union auf der baldigen Durchführung einer Zukunftskonferenz bestehen.

2) Die für die Europapolitik verantwortlichen Mandatsträger im Bundestag, in den Länderparlamenten und in den Landesregierungen sowie die deutschen Abgeordneten im Europaparlament sollten in regelmäßigen Treffen mit und von der Europa-Union zusammengeführt werden. Die Europa-Union fordert die Abgeordneten auf, außer über die EU zu berichten, in regelmäßigen Abständen aktiv nach den konstruktiv-kritischen Bürgererwartungen für eine demokratische und transparente Weiterentwicklung Europas zu fragen.

3) Die Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union sollte erweitert werden, denn bisher findet die Informationsarbeit überwiegend innerhalb der Europa-Union statt – also bei denen, die ohnehin den europäischen Gedanken unterstützen. Die Botschaften der Europa-Union mit den vielen konstruktiven und überzeugenden Argumentationen zur Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaft sollten aktiver in die allgemeine Öffentlichkeit getragen werden.

4) Die Europa-Union soll und muss für jüngere Menschen attraktiver werden. Dafür muss die Zusammenarbeit mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) ausgebaut werden. Dann wird die Europa-Union in Verbindung mit der JEF viel stärker als heute als zukunftsorientierte Bürgerinitiative wahrgenommen werden. Dass solche zielgerichteten gesellschaftlichen Aktivitäten bei der Jugend ankommen, zeigen die gegenwärtigen Aktionen Jugendlicher für das Klima und die Umwelt. Die Zukunft Europas ist die Zukunft unserer Jugend. Europa kann man nur gemeinsam mit der jungen Generation verwirklichen. Ohne ein vereintes Europa hat unsere Jugend in der globalisierten Welt keine Chance. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zeitgemäße Formate und Angebote für junge Menschen gefunden werden. Je klarer die Europa-Union zusammen mit der JEF als fordernde (und manchmal auch „laute“) Bürgerinitiative gegenüber der Politik auftritt und damit öffentlich wahrgenommen wird, desto attraktiver wird sie auch für jüngere Menschen.